

PRESSEKONFERENZ

Frankfurt am Main, 4. Dezember 2014

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer ersten Pressekonferenz am neuen Standort begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Vizepräsident der Kommission, Herr Dombrovskis, teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse und im Einklang mit seiner Forward Guidance hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Was die **geldpolitischen Sondermaßnahmen** betrifft, so haben wir mit dem Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen und Asset-Backed Securities begonnen. Die beiden Programme werden mindestens über zwei Jahre laufen. Kommende Woche werden wir das zweite gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäft durchführen, dem bis Juni 2016 noch sechs weitere Geschäfte folgen werden. Insgesamt werden unsere Maßnahmen erhebliche Auswirkungen auf die Bilanz der EZB haben, wobei beabsichtigt ist, dass sie sich in Richtung der Größenordnung von Anfang 2012 bewegen wird.

In den kommenden Monaten dürften unsere Maßnahmen eine noch breiter angelegte geldpolitische Lockerung bewirken, unsere Forward Guidance im Hinblick auf die Leitzinsen der EZB bekräftigen und die Tatsache weiter untermauern, dass zwischen wichtigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften beträchtliche und zunehmende Unterschiede in Bezug auf den geldpolitischen Zyklus bestehen. Die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Projektionen deuten jedoch auf eine niedrigere Inflation sowie auf ein schwächeres Wachstum des realen BIP und ein verhaltenes Geldmengenwachstum hin.

Vor diesem Hintergrund wird der EZB-Rat Anfang nächsten Jahres die erzielten geldpolitischen Impulse, die Ausweitung der Bilanz und die Aussichten für die Preisentwicklung überprüfen. Außerdem werden wir die weiter reichenden Auswirkungen der jüngsten Ölpreisentwicklung auf die mittelfristigen Inflationstrends im Eurogebiet beurteilen. Sollte es erforderlich werden, den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation weiter entgegenzuwirken, so vertritt der EZB-Rat nach wie vor einstimmig die Absicht, innerhalb seines Mandats zusätzliche unkonventionelle Instrumente einzusetzen. Dies würde bedeuten, dass zu Beginn des kommenden Jahres Umfang, Tempo und Zusammensetzung unserer Maßnahmen geändert würden. Auf Ersuchen des EZB-Rats haben die Mitarbeiter der EZB und die zuständigen Ausschüsse des Eurosystems zusätzliche technische Vorbereitungen für weitere gegebenenfalls zeitnah zu ergreifende Maßnahmen getroffen. Unsere geldpolitischen Maßnahmen sind allesamt darauf ausgerichtet, die feste Verankerung der mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen zu unterstützen – im Einklang mit unserem Ziel, Inflationsraten von unter, aber nahe 2 % zu erreichen, und dazu beizutragen, dass die Teuerungsraten sich diesem Niveau wieder annähern.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euro-Währungsgebiets erhöhte sich im dritten Jahresviertel 2014 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Dies entsprach früheren Hinweisen auf eine Abschwächung der Wachstumsdynamik im Euroraum und führte dazu, dass in den aktuellen Prognosen die Wachstumsaussichten für das reale BIP des Eurogebiets nach unten korrigiert wurden. Die jüngsten Daten und Umfrageergebnisse bis November bestätigen das Bild eines in der kommenden Periode schwächeren Wachstumsprofils. Zugleich bleiben die Aussichten für eine mäßige Erholung der Wirtschaftstätigkeit bestehen. Einerseits dürfte die Binnennachfrage durch unsere geldpolitischen Maßnahmen, die anhaltenden Verbesserungen der Finanzierungsbedingungen, die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und bei den Strukturreformen sowie die deutlich niedrigeren, das real verfügbare Einkommen stützenden Energiepreise begünstigt werden. Außerdem sollte die Exportnachfrage von der globalen Erholung profitieren. Andererseits dürfte die Erholung weiterhin durch die hohe Arbeitslosigkeit, beträchtliche ungenutzte Kapazitäten und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen wie auch im privaten Sektor gedämpft werden.

Diese Faktoren spiegeln sich auch in den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Dezember 2014 wider, denen zufolge das reale BIP in den Jahren 2014, 2015 und 2016 um 0,8 %, 1,0 % bzw. 1,5 % steigen wird. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom

September 2014 wurden die Projektionen zum realen BIP-Wachstum deutlich nach unten korrigiert. Diese Abwärtskorrekturen betrafen sowohl die Binnennachfrage als auch den Außenbeitrag.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euro-Währungsgebiet sind abwärtsgerichtet. Insbesondere könnte die schwache konjunkturelle Dynamik im Euroraum zusammen mit den hohen geopolitischen Risiken das Vertrauen und vor allem die private Investitionstätigkeit beeinträchtigen. Zudem stellt der unzureichende Fortschritt bei den Strukturreformen in Ländern des Eurogebiets ein wesentliches Abwärtsrisiko für die Wirtschaftsaussichten dar.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im November 2014 auf 0,3 % nach 0,4 % im Oktober. Verglichen mit dem Vormonat spiegeln sich darin hauptsächlich ein stärkerer Rückgang des Preisauftriebs bei Energie und ein etwas niedrigerer jährlicher Anstieg der Dienstleistungspreise wider. Unter Berücksichtigung der aktuell sehr niedrigen Inflation gilt es, die weiter reichenden Auswirkungen der jüngsten Ölpreisentwicklung auf den mittelfristigen Inflationstrend zu beurteilen und ein Überschwappen auf die Inflationserwartungen und die Lohnbildung zu vermeiden.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Ölpreisentwicklung ist unbedingt noch einmal darauf hinzuweisen, dass sich die Prognosen und Projektionen auf technische Annahmen stützen, insbesondere was die Ölpreise und die Wechselkurse betrifft. Auf der Basis von Daten, die Mitte November verfügbar waren, als die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Experten des Eurosystems für das Euro-Währungsgebiet vom Dezember 2014 fertiggestellt wurden, lagen die Vorhersagen für die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate für 2014 bei 0,5 %, für 2015 bei 0,7 % und für 2016 bei 1,3 %. Gegenüber September 2014 wurden die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der EZB-Experten damit deutlich nach unten korrigiert. Diese Revisionen spiegeln hauptsächlich den in Euro gerechneten Ölpreistrückgang und die Auswirkungen der nach unten korrigierten Wachstumsaussichten wider, aber sie beinhalten noch nicht den in den vergangenen Wochen nach Abschluss der Projektionen erfolgten Einbruch der Ölpreise. In den kommenden Monaten könnten die jährlichen Inflationsraten aufgrund der in jüngster Zeit erneut gefallenen Ölpreise diesen Abwärtstrend fortsetzen.

Der EZB-Rat wird die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die mittelfristige Preisentwicklung weiterhin genau beobachten. In diesem Zusammenhang werden wir unser Augenmerk insbesondere auf die möglichen Auswirkungen der gedämpften Wachstumsdynamik, der geopolitischen Lage, der Wechselkurs- und Energiepreisentwicklung und der Transmission unserer geldpolitischen Maßnahmen legen. Im Hinblick auf die weiter reichenden Auswirkungen, die die jüngste

Ölpreisentwicklung auf die mittelfristigen Inflationstrends im Eurogebiet hat, werden wir besonders wachsam sein.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so stützen die Daten für Oktober 2014 die Einschätzung einer verhaltenen Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3); so lag die Jahreswachstumsrate von M3 – weiterhin getragen durch ihre liquidesten Komponenten – im Oktober wie schon im Vormonat bei 2,5 %. Das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 weitete sich dabei im Vorjahresvergleich um 6,2 % aus.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften lag im Oktober bei -1,6 % gegenüber -1,8 % im September, worin sich eine allmähliche Erholung von dem im Februar verzeichneten Tiefstand von -3,2 % zeigt. In den letzten Monaten haben sich die Nettotilgungen gegenüber den vor Jahresfrist verzeichneten historischen Höchstständen im Schnitt verringert. In der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften kommen nach wie vor deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko, die Kreditangebotsfaktoren sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Die um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte belief sich im Oktober auf 0,6 % (nach 0,5 % im September). Die bislang ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen und der Abschluss der umfassenden Bewertung der Kreditinstitute durch die EZB sollten einer weiteren Stabilisierung der Kreditströme förderlich sein.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse die Notwendigkeit bestätigt, die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die mittelfristige Preisentwicklung weiterhin genau zu beobachten und bereit zu sein, die Geldpolitik bei Bedarf weiter zu lockern.

Die Geldpolitik konzentriert sich auf die Gewährleistung der Preisstabilität auf mittlere Sicht, und ihr akkommodierender Kurs trägt dazu bei, die Konjunktur zu stützen. Zur Stärkung der Investitionstätigkeit, der Arbeitsplatzschaffung und des Produktivitätswachstums bedarf es jedoch eines entscheidenden Beitrags anderer Politikbereiche. Insbesondere müssen die entschlossene Umsetzung von **Güter- und Arbeitsmarktreformen** sowie die Bemühungen zur Verbesserung des Geschäftsumfelds für Unternehmen in einigen Ländern intensiviert werden. Eine glaubwürdige und effektive Durchführung von Strukturreformen ist von entscheidender Bedeutung, da dies die Erwartung höherer Einkommen schüren, die Unternehmen schon jetzt zu verstärkten Investitionen veranlassen und die konjunkturelle Erholung vorantreiben wird. Die **Finanzpolitik** sollte die wirtschaftliche Erholung stützen und dabei die Tragfähigkeit der Verschuldung im Einklang mit den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts gewährleisten, der weiterhin als Anker des Vertrauens fungiert. Alle Länder sollten den verfügbaren Spielraum nutzen, um die finanzpolitischen Maßnahmen wachstumsfreundlicher auszugestalten. Der am 26. November 2014 von der

Europäischen Kommission angekündigte Investitionsplan für Europa wird die Erholung ebenfalls stützen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation & Sprachendienst, Internationale Medienarbeit

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.